
FORUM: Das Erbe der Wende

Ohne die Bürgerrechtler, ohne ihr mutiges, Risiken in Kauf nehmendes Handeln wäre die Wende des Herbstes 1989 nicht möglich gewesen. Ohne die Bürgerbewegung wäre es nicht zur „friedlichen Revolution“ im Herbst 1989 gekommen. Fünf Jahre nach der Wiedervereinigung haben wir einige Bürgerrechtler gebeten aufzuschreiben, was aus ihren damaligen Zielen, ihren Forderungen und Träumen geworden ist. Herausgekommen ist ein subjektiver Blick, der die oft aus westdeutscher Sicht dominierte Wahrnehmung unserer jüngsten Vergangenheit korrigiert. Mit diesem Forum knüpfen wir an das Dezember-Heft des Jahres 1989 an, in dem Bürgerrechtler ihre damaligen Positionen dargestellt haben. Die Red.

Angelika Barbe: Zivilcourage statt Täterschutz

Angelika Barbe, geb. 1951 in Brandenburg, Studium der Biologie an der Humboldt-Universität in Berlin, Tätigkeit im Pflanzenschutz und in der Hygieneinspektion, Mitglied verschiedener Bürgerrechtsgruppen in der DDR, 1989 Gründungsmitglied der SDP in der DDR, 1990 Mitglied der Volkskammer, 1990 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, ist Mitglied des SPD-Bundesvorstands.

Im Herbst '89 waren Hunderttausende auf die Straße gegangen, hatten sich mit Kerzen in den Händen die Freiheit erkämpft, das SED-Unrechtsregime zum Teufel gejagt - und die russischen Panzer nicht mehr fürchten müssen. Die Machthaber und Schuldigen von einst haben heute größtes Interesse daran, Geschichte umzulügen und ihre Schuld an 40 Jahren totalitärem SED-Regime zu vertuschen: Die SED hatte allein regiert, beherrschte mit ihrer

„marxistisch-leninistischen“ Ideologie Staat und Gesellschaft. In staatlichen Institutionen zwangserfaßte Bürger wurden durch die Geheimpolizei überwacht. Wer auffällig wurde und ein „feindlich-negatives“ Etikett verpaßt bekam, mußte damit rechnen, irgendwann im Gefängnis zu landen, ausgebürgert zu werden oder seine berufliche Existenz zu verlieren. Diese Charakteristika totalitärer Regime trafen auf die DDR zu. Keineswegs aber war die DDR eine „kommode Diktatur“, wie Günter Grass in seinem Roman „Ein weites Feld“ verniedlichend behauptet. Allerdings gibt es größte Probleme, die Verantwortlichen für dieses Unrecht juristisch, moralisch oder politisch zur Rechenschaft zu ziehen. Diffuse Entscheidungsstrukturen in SED und Staat verhindern noch heute, die Verantwortlichen zu benennen.

Die gewaltlose Revolution ermöglichte der Regierung Modrow, Verantwortung für Unterdrückung und den wirtschaftlichen Bankrott der DDR zu verschleiern. Noch immer ist weithin unbekannt geblieben, daß Modrow mit seiner ersten Regierung die Auflösung der Stasi verhindern wollte. Es ist das Verdienst der Bürgerrechtler, dem Aktenverbrennen ein Ende gesetzt zu haben. Der „Modrow-Erlaß“ erlaubte der Nomenklatura die eigenhändige Säuberung der Kaderakten. In den gesamten öffentlichen Dienst der DDR (Bahn, Post, Schulen, Arbeitsämter, Bezirksämter usw.) schwappte darauf die Welle von hauptamtlichen und inoffiziellen Stasi-Mitarbeitern und hochrangigen SED-Kadern. Dort überlebten viele die Einheit und stellen nach wie vor die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen in Frage, wenn sie von nichts ahnenden Bürgern wiedererkannt werden. Viele Belastete tummeln sich heute im öffentlichen Dienst des Rechtsstaats Bundesrepublik als Lehrer, Arbeitsamtsmitarbeiter (von 38 Arbeitsamtsdirektoren in den neuen Bundesländern waren 28 stasibelastet), Behördenvertreter, Polizisten, als Abgeordnete in Parlamenten. Wir hatten gefordert, die „Stasi in die Produktion“ zu schicken, damit diese Leute ihr Brot ehrlich verdienen.

Ein Zeichen gelungener Integration ist es jedenfalls nicht, wenn Verbrecher und deren Handlanger in einem demokratisch organisierten Gemeinwesen schnell in Machtpositionen aufsteigen und über das Wohl und Wehe der ehemals Beherrschten erneut entscheiden können. Im Gegenteil sollte man es ehemaligen Mitarbeitern, Spitzeln und Zuträgern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) sowie höheren SED-Funktionären erschweren, im öffentlichen Dienst, in Parteien und Gewerkschaften wieder Einfluß ausüben zu können - wobei die jeweilige sorgfältige Einzelfallprüfung Voraussetzung ist.

Inzwischen ist der Westen zur Tagesordnung übergegangen. Man erinnert sich der Bürgerrechtler, die - zwar nicht groß an Zahl - doch jahrelang in der DDR-Diktatur für Menschen- und Bürgerrechte, für die Erhaltung der Umwelt und ein demokratisches Gemeinwesen gefochten hatten, nicht mehr allzu gern. Bürgerrechtler gewesen zu sein, gilt inzwischen als Makel - fünf Jahre nach der Einheit. Das sind doch die mit der „eitlen Reinheit“, die „Moralisten“ und „Rigoristen“, die „Hexenjäger“, die den inneren Frieden

gefährden. Der Abgeordnete Gerhard Zwerenz (für die PDS im Bundestag) nennt sie gar „Hitlers Kinder“, weil sie nicht ablassen, den PDS-Scheinheiligen Gregor Gysi (IM „Gregor“ alias IM „Notar“) öffentlich aufzufordern, die Wahrheit zu sagen. Gysi - einst Rechtsanwalt von SED-Gnaden - mutiert zu „Hitlers Opfer“, schickt Bürgerrechtlern Prozesse an den Hals und Gerichtsvollzieher ins Haus, um sie mundtot zu machen und existenziell zu bedrohen. Haufenweise Intellektuelle (West und Ost) fordern gar „Rechtsstaatlichkeit für Gysi“. Sie lesen - obzwar des Lesens kundig - keine Akten, sondern verfallen der Talkshowrhetorik des - angeblich „linken“ - Blenders. Wer Gysi nicht daran hindert, seine Opfer ein zweites Mal zu betrügen, schafft neues Unrecht. Und zwar hier und heute - wo es keines großen Mutes bedarf, die unbequeme Wahrheit zu sagen.

Ehemaligen Tätern geht es allerdings nicht nur darum, die eigene dreckige Weste reinzuwaschen. Das Ziel ist weitergesteckt. Es wird an Geschichtstiegender gearbeitet - mit Hilfe argloser, befangener oder selbst verstrickter Journalisten, Publizisten und Juristen. Peter-Michael Diestel führte 63 Prozesse gegen alle, die ihn beschuldigten, für die Vernichtung von Stasiakten verantwortlich zu sein. Er gewann die Prozesse - als seine Zeugen noch ungeprüft lügen konnten. Erst in einer zweiten Prozeßrunde erkannten die hohen westdeutschen Richter den großangelegten Betrugsversuch Diestels und seiner Zeugen. Im letzten Moment scheiterte Diestels Versuch, mit Hilfe der Justiz die Geschichte umzulügen. Der letzte Innenminister der DDR ist für die Stasiaktenvernichtung in seiner Amtszeit verantwortlich. Punktum. Vier Jahre brauchte die Justiz, um dieses endlich festzustellen. Dank an alle, die Diestels Lügenprozeßlawine stoppten!

Drei Prozeßtage in Frankfurt/Oder haben mich ernüchert. Wöchentlich erlebe ich ein Schauspiel, das zu beobachten ich allen empfehlen kann. Sieben Angeklagte (ehemalige DDR-Richter und -Staatsanwälte, die die Verurteilung Robert Havemanns auf Geheiß von SED und MfS betrieben und damit Rechtsbeugung begingen) mit ihren 14 Rechtsanwälten versuchen, den Prozeß mit Verfahrenstricks zu verschleppen, das Verlesen von Stasiakten zu unterbinden und auf Steuerzahlers Kosten zusätzliche Assistenten zu erzwingen. Eine Angeklagte will sich vom Prozeß beurlauben lassen (Geburtstag) und begründet ihre Weigerung sich zu äußern, damit, daß sie „schlechte Erfahrungen mit der Justiz“ gemacht habe - zur allgemeinen Erheiterung der anwesenden Journalisten und Bürgerrechtler. Weniger lustig ist die dreiste Behauptung eines anderen Angeklagten, der an ihn adressierte Brief (vom MfS) mit dem vorgegebenen Urteil für Robert Havemann stamme von ihm selbst. Der Anwalt, der schon Mielke verteidigte, wendet erneut an, was sich schon bei der Mielke-Verteidigung bewährte: Abstreiten der strafrechtlichen Verantwortlichkeit seiner Mandantin und zahllose Verzögerungsanträge. Dennoch: Wer diesen Prozeß nicht als Robert Havemanns Sieg über das SED-Unrechtsregime feiert, der hat Havemanns Kampf für Demokratie und Rechtsstaat nie begriffen.

Egon Krenz verkauft sich als Opfer westlicher „Siegerjustiz“, weil gegen ihn Anklage wegen der Morde an der Mauer erhoben wurde. Wer, wenn nicht er und seine Verbrecherkumpane vom SED-Politbüro war 40 Jahre verantwortlich für die Mauertoten, die Stasifolter von unzähligen Unschuldigen, die politischen Häftlinge in Bautzen, Halle, Hohenschönhausen, Brandenburg, Hoheneck usw. und für die wirtschaftlich ruinierte DDR? Demnächst wird das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden, ob Krenz wegen der Mauermorde überhaupt zur Verantwortung gezogen werden darf. Ich frage mich, ob diejenigen Recht bekommen werden, die mir wütend zuriefen: „Mit Eurem Recht werden wir siegen!“

Der West-Jurist Uwe Wesel erwärmt sein Herz für Honecker: „Ich hatte Mitleid mit Honecker, er hatte eine gute Haltung.“ Uwe Wesel hält ein „Plädoyer für ein Schlußgesetz“ und belehrt die Bürgerrechtler: „Die Opfer sollen sich gefälligst zusammenreißen und großzügig sein. Wir müssen auch manches ertragen für die Einheit.“

Die Schriftstellerin Monika Maron entpuppt sich als Spitzel der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS. Zu der Zeit, als Wolf Biermann ausgebürgert wurde, Jürgen Fuchs im Stasiknast saß, Robert Havemann Hausarrest hatte - fuhr sie im Auftrag der Stasi in den Westen, spionierte für einen menschenverachtenden Apparat, weil sie der Nervenkitzel reizte. Jetzt, wo diese miese Geschichte bekannt wurde, sprangen ihr sofort etliche Persönlichkeiten entschuldigend zur Seite, es seien doch „nur zwei Jahre“ gewesen. Traurig daran ist nicht die Dauer des Spitzeldienstes der Schriftstellerin, sondern ihr Schweigen und die Verantwortungslosigkeit dieser Intellektuellen dem eigenen Tun gegenüber.

Nun soll ausgerechnet Erich Mielke und seinen Mannen, die ihre Verantwortung für das Staatssicherheitssystem leugnen, vom deutschen Gesetzgeber die Fortsetzung ihrer Privilegien in Form großzügiger Renten zuteil werden. Pläne von Rudolf Dreßler und Wolfgang Thierse (beide SPD-Bundtagsfraktion) laufen darauf hinaus, daß Stasichef Erich Mielke mit rund 3000 DM und hohe Stasioffiziere nach 40 Dienstjahren mit durchschnittlich 2600 DM Rente (Durchschnittsrente Ost 1260 DM) einen beschaulichen Lebensabend feiern können. Ginge es nach ihnen und vielen PDS-Klassenkämpfern, dann dürfte „Rentenrecht kein Strafrecht“ sein. Mit geringer Rente bestraft sind in Wahrheit die Opfer des SED-Regimes und Millionen Klein- und Kleinstrentner der ehemaligen DDR, von denen Hunderttausende ab 1996 keine Mark Rentenerhöhung bekommen, weil erst die Auffüllbeträge ihrer Mindestrenten abgeschmolzen werden. Wenn Ex-Stasimitarbeiter die gleiche Rente erhalten wie andere Ostdeutsche mit vergleichbarer Qualifikation und gleicher Lebensarbeitszeit in Zivilberufen, ist das keine Bestrafung, sondern gerecht.

Die Empörung in Deutschland wächst über solcherart Täterschutz und -Verständnis. Stoph bekommt mehr Haftentschädigung als die Oper der SED-

Diktatur. Krenz, Wolf, Schalck-Golodkowski und andere Hauptschuldige tinglein im Fernsehen herum, anstatt sich vor Gericht zu verantworten. Offensichtlich gehen wichtige Entscheidungsträger im vereinigten Deutschland vom Grundsatz der Gerechtigkeit für die Täter und nicht für die Opfer aus.

Alle diese Beispiele zeigen, wie wichtig der Kampf der Bürgerrechtler für die Öffnung der Stasiakten war und wie nötig Zivilcourage und Eintreten für die Opfer noch immer sind. Die lautstark geforderte Aktenschließung hätte zur Folge, daß das Herrschaftswissen bei den Stasioffizieren verbleibt, die Opfer ihrer Biographien beraubt würden und damit der Schlußstrich nur den Tätern nützt. Auf die Bestrafung der Hauptschuldigen mit einem „Schlußstrich“ zu verzichten, wie es Uwe Wesel, Egon Bahr, Richard von Weizsäcker und Peter Glotz fordern (ihnen haben die DDR-Machthaber nichts getan), lehne ich ab - wie die meisten DDR-Bürger, die weder Täter noch Privilegierte waren. Von den Opfern die Versöhnung als Vorleistung zu verlangen, ist mehr als zynisch, zumal die Schuldigen bis heute nicht zu ihrer Verantwortung stehen.

Das Versäumnis der westdeutschen Nachkriegsgeneration, viele NS-Täter ungeschoren davorkommen zu lassen, kann nicht als Rechtfertigung dienen, die Verantwortlichen des DDR-Unrechtsregimes zu schonen. Denn Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen, ist die Grundvoraussetzung für den demokratischen Neubeginn - nicht nur im Osten Deutschlands. Dabei stellt die Bürgerbewegung der DDR ein unverzichtbares Reservoir zur demokratischen Erneuerung in Ost und West dar.